



Factsheet zur Kurz-Expertise

Alles Gold, was glänzt?

Fördermittel für die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen und Gemeinden

Wollen ein Landkreis oder eine kreisangehörige Kommune Zugewanderte zum Bleiben motivieren, müssen sie aktiv werden, sich gut organisieren und für ihre Maßnahmen Ressourcen aufbringen. Dafür braucht es – gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel – bedarfsgerechte, leicht zugängliche Förderinstrumente. Öffentliche und private Fördermittelgebende stellen Mittel bereit, um Integrationsarbeit vor Ort zu fördern. Dabei müssen sie sicherstellen, dass ihre Förderthemen, Richtlinien und Abläufe in der praktischen Anwendung geeignet sind, die Bedarfe in ländlichen Räumen anzugehen.

Kernfragen der Kurz-Expertise

- Welche Förderstrategien können nachhaltige Wirkung in ländlichen Räumen entfalten?
- Welche Bedarfe werden durch Förderprogramme aufgegriffen?
- Wie müssen Förderinstrumente gestaltet sein, damit sie von ländlichen Komunen nachgefragt werden?

Herausforderungen bei der Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln durch ...

- ... geringe Flexibilität der Förderprogramme
- ... Fragmentierung der Förderprogramme
- ... bürokratische Hürden
- ... mangelndes Knowhow
- ... unzureichende personelle Ausstattung
- ... unübersichtliche Informationsflüsse
- ... fehlende Unterstützung der Mittelgebenden

Adressatinnen und Adressaten der Kurz-Expertise

- Öffentliche Fördermittelgebende auf Landes- und Bundesebene
- Private Fördermittelgebende, wie Stiftungen
- Fördermittelnehmende

Handlungsempfehlungen

(1) Förderprogramme für akute Bedarfe vorsehen

Ein Förderprogramm, das kurzfristig Mittel für akute Bedarfe bereitstellt, wie es beispielsweise der AMIF-Notfallfonds auf europäischer Ebene tut, könnte auch auf Bundes- oder Landesebene helfen, schnell und unbürokratisch auf veränderte Bedingungen zu reagieren. Dies würde Kommunen Handlungsspielräume eröffnen, wenn sie am dringendsten gebraucht werden.

(2) Multiplikatorenorganisationen für die Fördermittelverteilung gewinnen

Integrationsarbeit in ländlichen Räumen ist besonders durch das Engagement Ehrenamtlicher und kleiner Freiwilligeninitiativen geprägt. Diese haben oft nicht die Kapazitäten, um Fördermittel zu beantragen. Mittelgebende können jedoch Multiplikatorenorganisationen wie regionale Stiftungen, Dachverbände von Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbände einbinden. Sie können diesen beispielsweise zweckgebundene, aber pauschalierte Zuwendungen zur Verfügung stellen, aus denen die Multiplikatorenorganisationen gezielt kleinere lokale Initiativen unterstützen.

(3) Zielgruppenorientierung durch Zielorientierung ersetzen

Innerhalb enger Zielgruppendefinitionen können kaum inklusive Angebote realisiert werden, die jedoch in vielen Bereichen, wie beispielsweise in der frühkindlichen Bildung, notwendig wären. Würde man Förderprogramme weniger nach Zielgruppen, sondern eher nach Zielorientierungen ausrichten, könnte die kommunale Integrationsarbeit davon erheblich profitieren – nicht nur, aber besonders in ländlichen Räumen.

(4) Kohärenz der Förderprogramme durch "kommunales Integrationspaket" ermöglichen

Eine weitreichende, doch vielversprechende Lösung könnte es sein, dass Kommunen beim jeweiligen Bundesland einen einzigen Antrag auf Förderung eines "kommunalen Integrationspakets" stellen. Die zuständige Landesbehörde könnte die Finanzierung für dieses Maßnahmenpaket aus diversen Förderprogrammen (EU, Bund, Land) zusammenstellen. Dadurch könnten Kommunen kohärentere Strategien für eine nachhaltige lokale Integrationsarbeit entwickeln und zugleich ihre zeitlichen und personellen Ressourcen schonen.

(5) Bürokratie abbauen, Transparenz stärken

Die Bürokratie rund um die Antragstellung, Verwendung und Abrechnung von Fördermitteln stellt ein großes Hemmnis dar. In Verbindung mit knappen Personalkapazitäten werden Fördermittel deshalb teilweise gar nicht erst beantragt. Kommunen beantragen überwiegend Mittel der Landesebene. Hilfreich wäre es daher, eine "Förderberatung Integration für Landkreise und ländliche Kommunen" auf Landesebene anzusiedeln.

Land.Zuhause.Zukunft - ein Programm der Robert Bosch Stiftung in Kooperation mit der Universität Hildesheim

"Land. Zuhause. Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen" will erreichen, dass Neuzugewanderte ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft in ländlichen Räumen werden. Die aktive Gestaltung von Einwanderung ist eine Chance für Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, attraktive Bleibeperspektiven für Zugewanderte zu schaffen.